

Ein Appell an die Wirtschaft.

Bln, 27. Sept. Bei der Einweihungsfest der Neubaus der Industrie- und Handelskammer und der Börse sagte Reichsbankpräsident Dr. Lutzer u. a.: Ich bin überzeugt, daß es eine Währungsgefahr in Deutschland nicht nur nicht geben darf, sondern auch nicht geben wird. So schwer die Zeiten auch sind, die wir zu durchkämpfen haben, die Währung wird ganz sicher aufrechterhalten bleiben. Der Reichsbank wird vorgeworfen, daß sie über Währungsrisiken die Wirtschaft verfolge. Erzählungen solcher Art sind eine grobe Unwahrheit. Die Reichsbank war immer Treiber der Dinstellung bei allen dafür in Betracht kommenden Stellen. Nur eines hat die Reichsbank nicht getan: Sie hat das deutsche Bankgesetz nicht verlegen wollen, obwohl in dieser Hinsicht in sie gedrungen worden ist. Es war für die Reichsbank gesetzlich nicht möglich, unter 5 Prozent herabzugehen. Wir haben alle dafür zu sorgen, daß die Rechtsbegriffe in Deutschland aufrechterhalten bleiben. Wir haben eine Währungs- und eine Wirtschaftskrise erlebt und wir sollten eigentlich zusammenhalten, daß wir nicht auch als dritte Krise auch noch eine Rechtskrise bekommen.

Die heutige weltwirtschaftliche Lage zwingt dazu, betonte der Reichsbankpräsident, ein binnenwirtschaftliches Denken stark zu unterstreichen. Etwas anderes ist es aber, ob Autarkie als Grundgedanke proklamiert wird oder ob man die binnenwirtschaftliche Notwendigkeit als Selbstverständlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens allen Dingen zugrunde legt.

Möglichkeit hatte, zu Worte zu kommen und selbst das Auflosungsbedeutet zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.

Vorl. Löbe: Haben Sie sich ausdrücklich zum Wort gemeldet oder durch Aufstehen und Handaufheben?

v. Papen: Ich bin nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt: „Ich bitte ums Wort“.

Abg. Pfleger (DVP): fragt den Reichskanzler, ob er während der Pause den Versuch gemacht habe, seine Wortmeldung einzureichen.

von Papen: Nein, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil ich annahm, daß der Antrag Torgler abgelehnt würde. Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde. Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde und war selbst völlig überrascht.

Abg. Dr. Frank II (Natio.): Haben Sie selbst die Auffassung, daß die Abstimmung im Reichstag nicht rechtswirksam ist?

Reichskanzler: Die Abstimmung ist nicht rechtsgültig, denn sie erfolgte, nachdem das Auflosungsbedeutet dem Hause zugestellt war.

Dr. Frank: Sie meinen, daß der Reichstag im Augenblick der Zustellung der Urkunde aufgelöst war. Warum sind Sie dann nicht vor dem Untersuchungsausschuß erschienen? Sie fordern vorher eine Erklärung des Reichstagspräsidenten. Machen Sie denn die Rechtswirksamkeit Ihres eigenen von Ihnen aufgestellten Auflosungsbedeutets davon abhängig, daß der Reichstagspräsident Goering noch besondere Erklärungen abgibt? Das widerspricht doch dem, was Sie jetzt sagten.

Reichskanzler: Ich bin nicht vor dem Untersuchungsausschuß erschienen, weil nach Ihrer (nach rechts) Auffassung die Regierung nicht mehr zu Recht besteht. Ich hätte mich der Tatsache ausgelehnt, daß Sie gesagt hätten: Was wollen Sie denn hier. Sie sind nicht mehr im Amt.

Abg. Dr. Hoegner (So.): Bestand die Absicht, die Auflösung schon vor der Aussprache über die Regierungserklärung vorzunehmen oder bestand die Absicht, den Reichstag nach der Aussprache aufzulösen?

Reichskanzler: Von vornherein bestand überhaupt nicht die Absicht der Auflösung. Das ergibt sich ja schon aus der Vereinbarung mit dem Reichstagspräsidenten. Außerdem hatten wir die Hoffnung, daß trotz der scharfen Gegenüber doch noch ein Modus vivendi zwischen Reichstag und Regierung zustande kommen würde.

Dr. Hoegner: Die Auflosungsurkunde haben Sie sich erst während der Sitzungsunterbrechung verschafft?

Reichskanzler: Jawohl!

Dr. Hoegner: Es bestand also die Absicht, den Reichstag auf jeden Fall bei Wiederbeginn der Sitzung aufzulösen?

Reichskanzler: Nein. Ich habe angenommen, daß der Reichstagspräsident dem Chef der Regierung die Möglichkeit geben würde, wenigstens die Regierungserklärung zu verlesen. In keinem Parlament der Welt passiert das, daß eine Opposition nicht einmal die Regierung zu Worte kommen läßt.

Reichstagspräsident Goering: Zwischen unserer Unterredung und dem Reichstagszusammentritt lagen über acht Tage, nicht zwei Tage. Wir sprachen über den Modus der Regierungserklärung und der Debatte, die sich daran knüpfen würde. Selbstverständlich wird der Reichstagspräsident dem Regierungschef das Wort zur Regierungserklärung erteilen, wenn er es gemäß der Geschäftsordnung und der Verfassung kann. Ich habe in der Unterredung nicht gesagt, ich würde Ihnen unter allen Umständen das Wort erteilen, denn ich konnte nicht wissen, was für Anträge kommen. Ich bin ja gebunden an die Geschäftsordnung und an die Verfassung. Ich habe Ihnen allerdings versprochen, daß ich alles tun würde, damit Sie und die anderen Regierungsmitglieder keinerlei ungehörigen Angriffen ausgelehnt wären. Herr Reichskanzler, Sie haben mir in der Unterredung keinen Zweifel gelassen, daß Sie eine Abstimmung über ein Mißtrauensvotum nicht zulassen, sondern vorher den Reichstag auflösen würden.

Reichskanzler: In unserem Gespräch habe ich Sie wiederholt gebeten, doch nach einem Wege zu suchen, der uns eine Art von Zusammenarbeit ermöglichte. Ich habe Ihnen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung entschlossen war, falls über die Aufhebung der Rotverordnung oder über einen Mißtrauensantrag abgestimmt würde, den Reichstag aufzulösen. Aber ich habe Sie ebenso eindringlich gebeten, einen Weg zu suchen, um das zu verhindern. Und wir waren überein gekommen, daß zunächst einmal die Regierungserklärung vor sich gehen sollte und dann die Debatte. Ich habe also nicht im entferntesten daran denken können, daß es der Regierung unmöglich gemacht würde, ihre Erklärung zu verlesen.

Abg. Frank II (Natio.): Wann wurde denn eigentlich die Auflosungsorder unterzeichnet? Diese Frage wird das deutsche Volk sehr interessieren. Erfolgte sie in der halbseitigen Pause, oder war sie bereits unterzeichnet bei Beginn der Sitzung?

Dr. Lutzer zeichnete dann die Ursachen und den Werdegang unseres heutigen Wirtschaftslebens, für die in erster Linie die Reparationen verantwortlich zu machen seien, in letzter Richtung auch die Goldabflüsse, das Gegenüberstehen großer Gläubiger- und Schuldnerländer. Es ist selbstverständlich, so sagte er, daß wir von uns aus alles tun müssen, um unseren Verpflichtungen nachzukommen. Weltwirtschaftlich wird das aber nur gelingen bei dem guten Willen der ganzen Welt. Es muß die Stunde kommen, wo das große Weltkommando ertönt: Das Ganze kehrt! Das kann nur von der Seite der ganzen Weltöffentlichkeit kommen. Wir stehen dabei in der Verteidigung.

Zum Schluß berührte Dr. Lutzer das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und bemerkte dazu: Ich möchte an die Wirtschaft den Aufruf richten, sich aus innerster Ueberzeugung in das Regierungsprogramm einzufügen. Für mich ist der Kern des Programms, daß es zum ersten Male möglich geworden ist, einen neuen Antrieb in die Privatwirtschaft zu bringen. Das Programm war vor einigen Monaten noch nicht möglich. Der Appell muß Wirkungen in solchem Ausmaß hervorbringen, daß die ganze Menschheit sieht, es geht doch auf dem allen bewährten Wege der Wirtschaftsführung, auf dem Wege der Einbeziehung der freien Kräfte des einzelnen wieder aufwärts zum Segen Deutschlands.

Reichskanzler: Ich bedauere, die Neugierde des Abgeordneten nicht befriedigen zu können. Das Reichskabinett ist lediglich ermächtigt, über Dinge auszusagen, die hier zur Debatte stehen.

Abg. Goebbeis (Natio.): Haben Sie einige Tage nach dem 13. August eine Unterredung mit dem jüdischen Bankier Jakob Goldschmidt gehabt? Haben Sie in dieser Unterredung erklärt, Sie würden den Reichstag nicht zu einem Mißtrauensvotum kommen lassen? Sie würden zwar die Regierungserklärung verlesen, aber eine Debatte nicht zulassen? Haben Sie auf den Hinweis, daß die Gewerkschaften gegen die Rotverordnung mit Streik vorgehen könnten, erwidert, daß Sie notfalls auch zur Auflösung der Gewerkschaften schreiten würden?

Reichskanzler: Ich werde mich lediglich zur zweiten Frage äußern: Es ist ausgeschlossen, daß ich gesagt hätte, die Reichsregierung würde zur Auflösung schreiten, bevor die Debatte erfolgt ist. Das hat gar nicht im Sinne der Regierung gelegen.

Es entspinnt sich dann zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichskanzler nochmals eine lange Auseinandersetzung über die Frage, in welchem Zeitpunkt der Kanzler den Arm zur Wortmeldung erhob. Der Kanzler erklärt, daß er das noch vor den Worten „Wir stimmen ab!“ getan habe. Ich war allerdings der Auffassung, so betont der Reichskanzler, daß, wenn Sie den Willen gehabt hätten, die Regierung zum Wort kommen zu lassen, Sie hätten anders verfahren müssen.

Präsident Goering erwidert, er habe die Aufgabe, die Volksovertretung gegenüber der Regierung zu behaupten. Der Reichstag sei nicht der Exponent der Regierung, sondern im Gegenteil dazu da, Uebergriffe der Regierung abzuwehren.

Reichskanzler: Die Verlesung einer Regierungserklärung ist kein Uebergriff.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnl.): In der Zielsetzung meiner Partei und meiner Person lag die Auflösung des Reichstages. Sie habe ich erreicht. Und wenn die Herren Nationalsozialisten mir dabei dienlich gewesen sind, ist das ihre Sache. (Hört, hört! und Bewegung.)

Abg. Dr. Frank II (Natio.): Es war also Oberfohrens Absicht, den Reichstag aufzulösen, Papen ist gar nicht gefragt worden, sondern Herr Oberfohren hat es angeordnet. (Heiterkeit.) Herr Reichskanzler, werden Sie künftig, nachdem die Rechtslage jetzt für Sie klar ist, vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen, oder wird Ihre bedingte Weigerung aufrecht erhalten? Die Antwort des Reichskanzlers blieb in dem großen Saale unverständlich. In der Nähe des Reichskanzlers sitzende Parlamentarier wollen den Reichskanzler dahin verstanden haben, daß er auf diese Frage nicht antworten wolle, weil sie nicht zum Beweisschema gehöre.

Damit ist die Vernehmung des Reichskanzlers beendet. Es folgt die Vernehmung des Reichsinnenministers Freiherrn von Geyl, der im wesentlichen die Aussagen des Reichskanzlers bestätigt.

Auch Staatssekretär Dr. Planck bestätigte, daß sich der Reichskanzler zweimal zum Wort gemeldet habe.

In später Abendstunde nahm der Ausschuß dann als Ergebnis der Beweisaufnahme mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und des Vertreters der Nationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen einen erweiterten nationalsozialistischen Antrag an, wonach der Ausschuß feststellt:

„Reichskanzler von Papen hat sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet war. Das Verhalten des Reichskanzlers entsprach sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages. Der Reichskanzler hätte die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Wort zu melden. Aus den Ausführungen des Reichskanzlers als Zeuge in Verbindung mit einer im Ausschuß abgegebenen Erklärung des Führers der deutschnationalen Fraktion ergibt sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag nach vor der Abstimmung über die Aufhebung von Rotverordnungen und über Mißtrauensanträge zur Auflösung zu bringen.“

Von deutschnationaler Seite wird als Ergebnis der Beweisaufnahme das Gegenteil dieses Beschlusses festgestellt.

Einigung im Ruhrbergbau.

Berlin, 27. Sept. Im Lohn- und Arbeitszeitstreik des Ruhrbergbaues führten die Verhandlungen zu einer Einigung der Tarifparteien. Die Verbände erkannten die in den Schlichtungsprüchen vom 24. September vorgeschlagene Lohn- und Arbeitszeitregelung an und erhoben sie zum Tarifvertrag.

Leipzig, 27. Sept. Vor dem Reichsgericht hatte sich der Kellner Richard Gladewitz aus Chemnitz zu verantworten, der in einem politischen Schulungskurse des Kampfbundes gegen den Sozialismus als Lehrer aufgetreten war. Er wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Antwort auf Herriots Rede.

Berlin, 27. Sept. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter hat der Reichskanzler v. Papen nunmehr auf die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Herriot erwidert. In dieser Unterredung erklärte der Reichskanzler u. a. zunächst, er sehe in der Rede Herriots keine Förderung der Aussprache über die Abrüstung, sondern nur eine Bestätigung der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September. Die Rede Herriots stelle die Verhältnisse auf den Kopf. Es handele sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen Mächte. Von deutscher Aufrüstung sei keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Die deutschen Forderungen sagten nichts anderes, als daß Deutschland im Rahmen der Abrüstungskonventionen dieselbe Freiheit der Anpassung der Rüstungen an Deutschlands soziale und nationale Bedürfnisse verlange, die jedem anderen Staate zustünde. Deutschland habe niemals verlangt, daß es sich in demselben Maße bewaffne, wie dies Frankreich und andere Staaten täten. Die Rede von Dramat beweise, daß man gewillt sei, mit zweierlei Maß zu messen. Deutschland solle sich mit juristischen Sicherheitskonstruktionen begnügen, während andere Staaten den größten Teil ihrer ungeheuerlichen militärischen Rüstungen beibehalten wollten. Die rechtliche Argumentation der französischen und englischen Regierung sei gänzlich unbillig.

Wenn der französische Ministerpräsident behaupte, daß man „Kinder die Kunst des Tötens lehre“, übersehe er völlig, daß gerade in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung seit Jahren in großem Stil betrieben werde. Der Gesetzentwurf über die militärische Ausbildung der Jugend stelle einen wesentlichen Bestandteil der französischen Heeresreform dar. Jeder junge Franzose werde im Waffenhandwerk ausgebildet. Demgegenüber sei festzustellen, daß die sportliche Erziehung der deutschen Jugend keinerlei militärischen Charakter trage und lediglich die sportliche Fortbildung und das kameradschaftliche Zusammenleben bezwecke.

Der Kanzler wies dann darauf hin, daß die französischen Angaben über die französische Heeresverminderung irreführend sind, weil das Schwergewicht der französischen Armee in den Reservisten liegt. Die Stärke der französischen Armee sei überdies in den vielen tausend schweren Geschütze, Tanks, Flugzeugen usw. zu sehen. Nur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung könne die Entspannung zwischen den Völkern herbeiführen. Niemals könne die Befriedigung Europas verwirklicht werden, wenn der Versuch gemacht werde, einzelne Staaten zu Ländern minderen Rechts zu degradieren.

Das Programm

für Hindenburgs 85. Geburtstag.

Berlin, 27. Sept. Zur Feier von Hindenburgs 85. Geburtstag werden in sämtlichen Garnisonen am Sonnabend abend militärische Feiern veranstaltet werden, deren Abschluß jeweils der Zapfenstreich sein wird. Am Sonntag findet dann überall Gottesdienst statt und anschließend werden die Kommandeure Ansprachen an die Garnisonen halten und auf die Bedeutung des Tages hinweisen. In Berlin wird der Reichspräsident am Sonntag vormittag dem Gottesdienst in der Garnisonkirche beiwohnen und am Nachmittag werden ihm von einer Fahnenkompagnie die Fahnen seiner drei Regimenter, des 3. Garde-Regiments zu Fuß, des Inf. Regts. 91 und des Inf. Regts. 147, in seine Wohnung gebracht werden, wo sie bis zum Montag verbleiben. Im übrigen wird der Reichspräsident seinen Geburtstag im englischen Arcisree verbringen. Staatssekretär Dr. Meißner wird ihm vormittags die Glückwünsche seiner engeren Umgebung übermitteln, anschließend überbringt Reichskanzler v. Papen die Glückwünsche der Reichsregierung und nachmittags, mit dem Einmarsch der Fahnenkompagnie, werden Reichswehrminister v. Schleicher sowie der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung die Glückwünsche der Wehrmacht überbringen.

Berlin, 27. Sept. Durch eine Verordnung des Reichsministers d. J. wird bestimmt, daß vom 1. bis 3. Oktober Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge zugelassen sind, wenn sie zu Ehren des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten veranstaltet werden.

Berlin, 28. Sept. Wegen Lohnstreitigkeiten ist die gesamte Belegschaft des Scherl-Verlages, etwa 3000 Mann, in den Streik getreten.

Berlin, 27. Sept. Die Umwandlung der Preußenkasse in ein Reichsinstitut steht nunmehr unmittelbar bevor.

Braunschweig, 27. Sept. Die Fraktion der NSDAP hat Auflösung des Landtages zum 5. November und Ansetzung von Neuwahlen zum 6. November beantragt.

Schwern, 27. Sept. Der mecklenburg-schwernische Ministerpräsident Oranow hat dem Reichsernährungsminister ein von der nationalsozialistischen Landtagsmehrheit fertiggestelltes 20 Millionen Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, das die Neuschaffung von etwa 25—28 000 Stellen vorseht.

Wien, 27. Sept. Die Schwierigkeiten innerhalb der Regierung Dollfuß haben zum Rücktritt des Sicherheitsministers Dr. Ullrich geführt. Er war feinerzeit als Vertrauensmann der Heimwehr in das Kabinett eingetreten.

Genf, 27. Sept. Der Völkerbundsrat hat beschlossen, daß auf der außerordentlichen Vollversammlung im November die Wahl des Nachfolgers des Generalsekretärs Drummond vorgenommen wird. Dieser scheidet mit dem 30. Juni 1933 aus.

London, 27. Sept. Demonstrierende Erwerbslose versuchten heute in das Rathaus von Westham einzudringen. Die Polizei mußte mit dem Knüttel gegen die Demonstranten vorgehen. Neun Personen wurden verhaftet.

Neuyork, 27. Sept. Aus Havanna wird gemeldet, daß Clemente Basquez Bello, der kubanische Senatspräsident und Führer der liberalen Partei, auf seinem Landhof von einer Bande überfallen und erschossen wurde. Ueber Havanna wurde der Belagerungszustand verhängt.

Washington, 28. Sept. Der Marine-Sekretär hat angekündigt, daß die Regierung sofort an den Bau von drei neuen Zerstörern gehen werde. Der Bau der Zerstörer war feinerzeit aus Sparmaßregeln aufgeschoben worden. Die Begründung dafür, daß der Bau jetzt in Angriff genommen werden soll, lautet, daß man dadurch die Arbeitslosigkeit vermindern wolle.